

Leserbrief

Betr.: AFD-Aufschwung

Aufgrund der aktuellen Umfrage regen sich die etablierten Parteien mächtig auf, verstärken ihre Verleugnungskampagnen und beauftragen dubiose Gesellschaften Gründe für ein AFD-Verbot zu sammeln.

Besser wäre es über die Gründe des Aufstrebens der AFD nachzudenken und Fehlentwicklungen in ihrer Politik zu beseitigen.

Dabei sollte zuallererst, die von der EU und in Deutschland, bevorzugt von den Grünen verursachte überbordende Bürokratie mit ihren verheerenden Folgen, die jeder zu spüren bekommt, reduziert werden.

Seit Einführung des Euros vor gut 20 Jahren sind die Lebenshaltungskosten gerade zu explodiert. Dafür gibt es viele einfache Beispiele: Z.B. damals hat ein Glas Bier, an der Kneipe an der Ecke, einen DM (Deutsche Mark) gekostet. Heute kostet dasselbe Bier drei Euro, also das Sechsfache.

Eine vom Schreiner ausgeführte Holzverkleidung war ca. für 120 DM zu haben und kostet heute mindestens 240,00 €, also das Vierfache. Dabei ist die Hälfte davon nicht durch Material- und Lohnpreissteigerung verursacht, sondern durch die Vorschriften Wut und Bürokratische Auflagen.

Ein Ruheständler der sein Leben lang fleißig gearbeitet und etwas Geld angespart hat, muss zusehen wie sein Geld auf der Bank, wie Butter in der Sonne schmilzt durch Zinsen, Gebühren und durch die Inflation, so dass in 10-15 Jahren sein Geld weg ist ohne das er einen Cent davon verbraucht hat.

In der Gesundheitspolitik wird Geld für Investitionen und Bürokratie buchstäblich rausgeschmissen, dafür darf der Patient dann Wochen oder gar Monate lang auf Arzt Termine warten.

Dass, die AFD bei den neuen Bundesländern besonders gut abschneidet, liegt nicht daran das die Leute dort blöder sind als im Westen, sondern die Leute haben dort noch den real existierenden Sozialismus erlebt und wollen diesen auf keinen Fall wieder haben.

Aussagen von Bekannten: „Wir sind in den 70er Jahren vor dem Sozialismus in die Bundesrepublik geflohen und werden jetzt hier von diesem wieder eingeholt.“

Trotz allem leben wir immer noch in einem tollen Land, mit für den meisten paradiesischen Zuständen, sind aber dabei alles aufs Spiel zu setzten.

Karl Braun, Haiterbach

Nur noch fassungslos angesichts der CDU

Zu Recht kritisiert Dieter Stein den Versuch von führenden CDU-Funktionären in Essen, den Parteitag einer legalen Partei mit demokratiefehrenden Methoden zu verhindern. Als Bürger und Wähler bin ich fassungslos, wie eine ehemals konservativ-liberale Partei, die zweifellos große Verdienste beim Aufbau der zweiten deutschen Demokratie erworben hat, zu einer derartig schäbigen Aktion gegen einen politischen Konkurrenten fähig ist. Das hätte ich früher nur linksradikalen Demokratiefeinden zugetraut. Die CDU in Essen und in NRW hat offenbar bedenkenlos eine Demonstration gewaltbereiter Linksradikaler unterstützt, die Straßen blockierten, Polizisten attackierten und Parteitagsdelegierte der AfD bedrohten. Mit Entsetzen sah ich die schockierenden Bilder einer AfD-Funktionärin, die wegen der Gefahr für Leib und Leben aus einem Gebüsch springen und unter Polizeischutz zu ihrem Auto rennen mußte. Was für ein erbärmliches Schauspiel! Und noch schlimmer: Nach diesen beschämenden Ereignissen hört man kein Wort des Bedauerns, weder von den involvierten CDU-Funktionären in Essen und NRW noch von der CDU-Führung in Berlin. Ein schwarzer Tag für die Demokratie. Deprimierend ist auch die Beteiligung der evangelischen Kirche an dieser von linksextremen Gewalttätern gekaperten Demonstration. Führenden Kirchenvertretern ist offenbar der Kompaß ihrer christlichen Botschaft vollends abhanden gekommen.

DR. GEROLD SCHMIDT-CALLSEN, HAMBURG

Gute Nacht, Deutschland

- 3 Inwiefern ist die Benutzung des Satzes „Alles für Deutschland“ die Verwendung von Kennzeichen einer NS-Organisation? In den revolutionären Märzereignissen in Wien 1848 spielten Studenten eine wichtige Rolle. Im Innsbrucker *Boten von Tirol* vom 6. August 1848 hat der Schriftsteller Adolf Pichler einen Bericht über die Hissung der schwarz-rot-golden-Fahne auf der Wiener Hofburg vier Tage zuvor mit den Worten beendet: „Wir sind Deutsche, keine anderen Farben mehr als schwarz, rot und Gold, kein anderer Ruf als der: 'Einer für alle, alle für Einen und alles für Deutschland!'“ Somit ist dieser Satz keine Erfindung der Nazis. Die haben auch „Gute Nacht“ gesagt, und das sagt man heute noch.

RÜDIGER ROLFS, BREDSTEDT

Nicht wieder so lange warten ^B

Wir mußten im Osten 40 Jahre warten, bis die alten Kommunisten und Sozialisten zu alt waren, ihre Waffen gegen uns einzusetzen. Ich hoffe, ich warte nicht wieder so lange. Wir hatten kein Eigentum, keinen Besitz. Deshalb hatten wir im Osten wohl nichts zu verlieren. Obwohl der Staat bewaffnet war, gingen wir auf die Straße. Jetzt und hier gibt es Eigentum. Zum Glück. Es ist mein privater Schutzraum. Die Waffen und die Mauer sind nicht mehr da, doch der Übergriff erfolgt subtiler. Die Meinungsbildung muß der Vorgabe entsprechen, das Geld schwindet durch unzählige Steuerabgaben und Gebühren. Und, was viel dramatischer ist: Fehlentscheidungen führen nicht zu Konsequenzen! Wer schlechte Arbeit macht, bleibt einfach an seinem Platz und macht mit absolutistischer Überzeugung weiter. Es ist der Gipfel der Unantastbarkeit bei schlechter Arbeit erreicht. Und der Gipfel der Duldung durch die Gesellschaft folgt sogleich. Es ermuntert, genau so weiterzumachen. Was ist nur passiert? Können wir es diesmal eher schaffen, eine friedvolle, freiheitliche Gesellschaft zurückzubekommen und zu erhalten, in der sich der Staat nicht an dem Geld der arbeitenden Bevölkerung bemächtigt und es an Randgruppen der Gesellschaft, an Migranten ohne Bleiberecht oder in der Welt verteilt? Die Frage ist auch, wie? Braucht es eine Bewegung, nicht eine Partei?

SIMONE SCHULZ, STUTTGART

Von der Leyen muss sich ändern

Die Europäische Union muss andere Schwerpunkte setzen.

Lange hat sich Kommissionspräsidentin von der Leyen darin gefallen, ökologischen und sozialen Vorhaben höchste Priorität einzuräumen. Sinnbildlich dafür stehen die Lieferkettenrichtlinie und der „Green Deal“ - ein bürokratisches Ungetüm, das an Auswüchse kommunistischer Planwirtschaft erin-



Steffen Range
DHZ-Chef-
redakteur
Foto: Rohde
Fotografie

ner - und haarklein in Wirtschaft und Gesellschaft eingreift. Europas Wettbewerbsfähigkeit hat darunter gelitten. Die Vertreter des Handwerks haben also Recht, wenn sie von der neuen EU-Kommission mehr Einsatz beim Abbau von Bürokratie und mehr Verständnis für kleine Unternehmen verlangen.

Die Wähler haben einerseits jene Parteien geschwächt, die für die Belange der Wirtschaft wenig Verständnis gezeigt haben. Andererseits sind aber auch destruktive Kräfte erstarkt. Das dürfte eine Mehrheitsfindung in der EU künftig schwieriger machen. Schlechte Aussichten für kleine Unternehmen.

steffen.range@holzmann-medien.de

Wärmewende braucht Zeit

Die Gesetze sind auf den Weg gebracht –
Doch noch sind viele Fragen offen **VON KARIN BIRK**

Die Wärmewende braucht Zeit. So viel ist heute schon klar. „Das ist ein Generationenprojekt“, sagte Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) bei einem gemeinsamen Treffen mit Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sowie mit Kommunen und Verbänden. Entsprechende Gesetze wie das Gebäudeenergiegesetz samt Förderung und auch das Wärmeplanungsgesetz sind zwar auf den Weg gebracht, doch noch immer sind viele Fragen offen.

So können viele Kommunen bisher noch nicht abschließend abschätzen, wo es ein Fernwärmenetz oder Wasserstoffnetz geben wird oder nicht. Bürger und Handwerker wissen deshalb oft nicht, wie sie sich bei einer neuer Heizung entscheiden sollen. Ganz zu schweigen von möglichen Preisentwicklungen für Fernwärme, Strom und Gas und der Frage, ob es für die Fernwärme vor Ort einen Anschlusszwang geben wird oder nicht.

Die Branche bekommt die Verunsicherung zu spüren: „Das Ganze hat in breiten Schichten der Bevölkerung Aufmerksamkeit und Widerstand erzeugt“, sagt Andreas Müller, Geschäftsführer Technik beim Zentralverband Sanitär, Heizung, Klima. „Wir sehen immer noch eine große Verunsicherung bei den Kunden“, heißt es auch beim GIH, Bundesverband der Energieberatenden. „Unsere Unternehmen leiden“. Die Einbrüche seien signifikant.

Zur Verunsicherung der Bürger trägt nach Einschätzung verschiedener Verbände auch bei, dass viele Kommunen und Stadtwerke ihren Bürgern raten, zuerst einmal die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung abzuwarten. „Uns ist bewusst, dass das eine missliche Situation ist“, sagte Alexander Handschuh, Sprecher des Städte- und Gemeindebundes. Gleichwohl rate der Verband seinen Mitglie-

dern, die Wärmeplanung mit der nötigen Sorgfalt durchzuführen.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks plädiert für eine pragmatische Vorgehensweise. „Im Zuge der Wärmeplanung ist es wichtig, schnell die Gebiete auszuweisen, die nicht an ein Fernwärmenetz angeschlossen werden. So haben die dort Wohnenden sowie ansässige Betriebe die Gewissheit, dass sie sich um eigene, dezentrale Lösungen kümmern müssen und können dies mit dem Fachhandwerk zusammen angehen. Ansonsten besteht die Gefahr des allgemeinen Abwartens und des Verstreichens der notwendigen Vorlaufzeiten für die Umsetzung von Wärmelösungen“, heißt es.

Das Wärmeplanungsgesetz schreibt vor, dass Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern ihre Wärmeplanung bis Mitte 2026 vorlegen müssen. Kleinere Kommunen haben zwei Jahre mehr Zeit. Dabei soll die Wärmeplanung den Weg aufzeigen, wie eine Gemeinde ihre Wärmeversorgung bis zum Jahr 2045 klimaneutral gestalten kann. Bei manchen Kommunen liegen die Wärmepläne auch schon vor.

Andere Kommunen wissen nicht, ob sie die Wärmeplanung in der gesetzten Frist stemmen können. Zwar hätten sich schon viele Kommunen auf den Weg gemacht, gleichwohl stünden sie vor „drei zentralen Herausforderungen“, sagt Handschuh. Dazu zähle zum einen die Verfügbarkeit von Experten zur Durchführung der Wärmeplanung. Dazu zähle auch die Erwartung, an alle erforderlichen Daten über bestehende Heizungen und die Wärmeerzeugung in der Kommune zu kommen.

Und nicht zuletzt sei auch die entsprechende Förderung des Bundes im Volumen von 500 Millionen Euro für die Wärmeplanung noch nicht bei den Kommunen angekommen.